№. 71. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Görlitz, Dinstag den 18. Juni 1850.

Kann die Bundesversammlung noch mit Recht bestehen?

Die Wirksamkeit der Bundesversammlung war eine so unglückliche gewesen und hat so viel zu den revolutionairen Katastrophen der vergangenen Jahre beigetragen, daß es für das nationale Bewußtsein der Deutschen ein Trost ist, sie endlich aufgehoben zu wissen.

Die Pläne und Intriguen, welche hinter den Versuchen, ihren Namen und ihre Geschäftsordnung wieder in's Leben zu rufen, verborgen sind, haben so viel Kränkendes und Empörendes für jedes preußische Herz, daß es ein Trost ist, sie rechtlich aufgehoben zu wissen.

Am 12. Juli 1848 in der 71. Sitzung der Bundesversammlung erklärte dieselbe, nachdem sie die Befugnisse auseinandergesetzt hatte, welche ihr nach der „Verfassung Deutschlands" zustanden: „die Bundesversammlung überträgt Namens der deutschen Regierungen die Ausübung dieser ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt..... Mit diesen Erklärungen sieht die Bundesversammlung ihre **bisherige** Thätigkeit als beendet an....." Das Protokoll schließt: „Mit dieser öffentlichen Sitzung, welche als Plenarsitzung zu gelten hat, hat die **bisherige** Thätigkeit der Bundesversammlung ihre Erledigung gefunden."

So lange nun die provisorische Centralgewalt existirte, welche die Befugnisse der bisherigen Bundesversammlung übernommen hatte, war sie das einzige Executiv-Organ des deutschen Bundes, für das in der Nationalversammlung eine neue Verfassung ausgearbeitet ward.

Die Schicksale der deutschen Nationalversammlung aber, um biblisch zu reden, die Thaten, die sie gethan hat und die Macht, die sie geübet hat, sie stehen geschrieben in der Chronik von 1848 und 1849 und brauchen nicht weiter erzählt zu werden.

Nachdem aber der Erzherzog-Reichsverweser wiederholt den Wunsch ausgesprochen hatte, daß ihm die Möglichkeit geboten werde, seiner Würde zu entsagen und die ihm mit Bundes-Beschluß vom 12. Juli v. J. anvertrauten Gewalten wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückzugeben, haben die deutschen Bundesregierungen im Einverständniß mit dem Reichsverweser ein Interim verabredet, wonach Oesterreich und Preußen die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund im Namen sämmtlicher Bundesregierungen bis zum 1. Mai 1850 übernehmen, insofern dieselbe nicht früher an eine definitive Gewalt überging.

Die Zustimmung der Regierungen ist erfolgt und der Reichsverweser hat seiner Würde entsagt und die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich und Sr. Majestät des Königs von Preußen niedergelegt.

Wäre die Bundesversammlung in sofern noch nicht rechtlich aufgehoben gewesen, daß sie nach dem Rücktritt des Reichsverwesers, mit dessen Eintritt sie ihre Wirksamkeit für erledigt ansah, wieder in ihre Thätigkeit zurückgekehrt wäre, so war gar nicht einzusehen, warum dem Erzherzog nicht die Möglichkeit geboten war, an diese seine Gewalt zurückzugeben oder warum sowohl in den Verhandlungen als in den vertraulichen Noten an die Gesandten das Wesen der Bundesversammlung durchaus ignorirt war, obschon doch eben der Zweck des Interims die Erhaltung des deutschen Bundes gewesen ist.

Vom 30. September bis zum 1. Mai hatten also Preußen und Oesterreich die ihnen delegirte Gewalt inne.

Es war aber im Vertrage vom 30. September der Art. 4. aufgenommen worden, welcher lautet: „Wenn bei Ablauf des Interims die deutsche Verfassungsangelegenheit noch nicht zum Abschlusse gediehen sein sollte, so werden die deutschen Regierungen sich über den Fortbestand der hier getroffenen Uebereinkunft vereinbaren", worin eingeschlossen ist, es werden sich also nach dem 1. Mai, ebensogut wie am 30. September die deutschen Regierungen über eine neue Centralregierung, provisorisch oder definitiv, zu vereinbaren haben.

Von der Bundesversammlung, die dann eintreten könnte, war natürlich wieder keine Rede und die Regierungen von Oesterreich und Preußen, in deren Hände die Centralgewalt nur delegirt, nicht deponirt war, durften die ihnen anvertraute Befugniß auch Niemand Anderem, als der in diesem Art. 4. vorgesehenen Uebereinkunft und Vereinbarung deutscher Regierungen übergeben.

War die Bundesversammlung ein Institut, welches nach dem Aufhören der provisorischen Centralgewalt nicht eingetreten war, weil es nicht mehr bestand, an welches man nach dem Aufhören der provisorischen Bundescommission nicht gedacht hatte, weil ausdrücklich eine Vereinbarung deutscher Regierungen vorgesehen war, — mit welchem Rechte kann Oesterreich Ansprüche auf Formalien machen, die ihm nur in der Bundesversammlung, nicht in einem freien Staatencongresse der zur Vereinbarung entschlossenen Regierungen zukamen!

Von dem Augenblicke an, da die Bundesversammlung ihre Thätigkeit für erledigt ansah, als sie der provisorischen Centralgewalt ihre Befugniß übergab, ist niemals eine Gelegenheit gewesen, bei der sie von Neuem sich zu erheben berechtigt war. Sie hat eine solche auch in ihrem Protokolle nicht vorgesehen. Die provisorische Centralgewalt ging an die Bundescommission über, welche wieder eine solche Gelegenheit nicht vorsah; es gehört daher eben eine diplomatische Dreistigkeit dazu, wie sie an süddeutschen Höfen leider öfters angetroffen ward, um in ihren Behauptungen — eine Plenarversammlung nach

altem Style berufen zu können, — nicht nur gegen den Sinn und Inhalt, sondern auch gegen den Wortlaut der Verträge zu sündigen. [Erf. Ztg.]

Deutschland.

Frankfurt a. M., 12. Juni. Wo der Geist fehlt, stellt sich Hochmuth ein. Diese Erfahrung macht man im geselligen Leben, wie in der Politik. In der letzteren begegnet sie uns hier wieder, wo die Herren tagen, welche mit aller Gewalt eine Bundesplenarversammlung aus der Grabesnacht tiefster Volksverachtung wieder heraufpochen wollen. Herr v. Blittersdorf belehrt uns heute sogar, daß es „keinen Bund ohne Organ geben könne", um nur seine antediluvianischen Gespenster einzulassen, wobei ihm das kleine Ueberseben widerfährt, daß die Jurisprudenz und Geschichte tausendfache Bunde ohne alles Erforderniß von „Organen" kennen. Man will nämlich wissen, daß die „Verfassungscommission" in der Eschenheimer Gasse zum Abschluß ihres Werkes vorgeschritten, und daß das Material dafür fast ohne Aenderung aus dem münchener Entwurfe genommen sei. Wir fragen mit demselben Erstaunen, welches schon früher durch diesen Plan erregt wurde, was der Einheit Deutschlands dadurch genützt, was unter einer solchen siebenfachen Theilung verstanden, wie damit der „Rechtsboden" gewahrt, eine Schwächung der Nationalkraft, Zwang und Raub wider die Kleineren vermieden werden soll? Daß Oesterreich dem Plane seine Zustimmung nicht zu geben vermag, glauben wir als selbstredend voraussetzen zu dürfen. [Ref.]

Frankfurt, 13. Juni. Ein gewöhnlich wohlunterrichteter Correspondent der Allgemeinen Zeitung schreibt aus Berlin: In seinen Unterredungen mit dem Fürsten Schwarzenberg in Warschau hat der Prinz von Preußen, wie mir von sehr unterrichteter Seite versichert wird, mit einer rückhaltlosen Offenheit und mit der ganzen Energie seines Charakters sich über die deutsche Frage und die preußische Politik ausgesprochen. Dabei soll der Kaiser zum Theil zugegen gewesen sein. Die Auffassung des Prinzen ist, wie bekannt sein wird, schon früher durch viele Privatschreiben desselben während seines Aufenthalts am Rhein hier kund geworden. Er hat es stets mit der entschiedensten Geltendmachung der preußischen Macht zur Herstellung neuer Zustände in Deutschland gehalten, und an ihm lag es wahrlich nicht, wenn gegen die zweideutige Haltung einzelner Unionsstaaten nicht anders verfahren wurde. In Warschau hat er rund heraus erklärt, daß der Versuch Oesterreich's, Präsidialbefugnisse in Deutschland geltend zu machen, rechtlich und factisch unhaltbar sei; Letzteres besonders, nachdem Preußen durch unzweifelhafte Thatsachen sich als eigentlicher Haltpunkt des größten Theils des außerösterreichischen Deutschlands erwiesen. Preußen werde nimmermehr auf dergleichen österreichische Versuche eingehen. Fürst Schwarzenberg zeigte sich in seinen Entgegnungen hierauf nachgebend. Er ließ den vorgebrachten Gründen ihr Gewicht und wollte der Präsidialfrage und dem Festhalten an derselben durchaus keine entscheidende Bedeutsamkeit beilegen. Der Prinz erklärte ferner die Union und ihre Anerkennung als eine nothwendige Bedingung, da sie für Preußen und seine Alliirten eine Lebensfrage sei. Auch hierin zeigte sich der Fürst nachgiebig, er deutete darauf hin, daß Oesterreich die Anerkennung durchaus nicht verweigern werde, daß es vielmehr nur auf Verabredungen bezüglich der Modalitäten ankäme. Endlich entwickelte der Prinz vorzüglich auch die Nothwendigkeit einer Einigung in Deutschland auf dem längst hervorgetretenen Boden der Parität zwischen Oesterreich und Preußen, und bemerkte, daß Preußen vom Princip des Dualismus seinerseits nicht abgehen werde, auch in kein Organ des österreichisch-deutschen Bundes willigen könne, welches von diesem Princip abginge. Auch auf diesen Punkt einzugehen, zeigte sich Fürst Schwarzenberg nicht schwierig. Kurz, man sollte nach seiner Haltung in Warschau auf ganz veränderte Wiener Postulate schließen können. Die österreichische Presse desavouirt einen solchen Schluß bis jetzt eigentlich nicht. Die Drohungen schweigen. Man will auch nicht mehr die zwingenden Consequenzen aus dem behaupteten Fortbestehen des Bundestags ziehen. Ja, es heißt nun, das Frankfurter Plenum sein nur insofern ein Bundesplenum, als alle Regierungen des Bundes sich daran betheiligen. Ich will an die obigen Mittheilungen jedoch keine bestimmten Vermuthungen knüpfen. Die Antwort, welche Graf Thun auf seine Anfrage nach Wien erhalten wird, und die Eröffnung der Conferenzen in Frankfurt oder die Rückkehr der Unionsbevollmächtigten wird Aufschluß geben müssen.

Frankfurt, 14. Juni. Der Kurfürst von Hessen ist zu einem längeren Aufenthalt auf Schloß Philippsruhe bei Hanau eingetroffen, wahrscheinlich um den hiesigen Conferenzen näher zu sein, an welchen nunmehr, nach Beseitigung des Landtages, Hr. Hassenpflug persönlich Theil nehmen wird. Die Sachen stehen übrigens hier noch eben so, wie sie vor acht Tagen standen. Nachdem österreichischerseits die mit den bekannten Vorbehalten versehenen Vollmachten der Unions-Gesandten zurückgewiesen worden, haben diese sich bis jetzt jeder Theilnahme an den Verhandlungen fern gehalten. [Köln. Ztg.]

Berlin, 14. Juni. Auch in Koblenz halten sich gegenwärtig Jesuiten auf, welche bisher sowol als Prediger, wie als sonstige Aushelfer in kirchlichen Funktionen thätig sind, ungeachtet es dieser Aushülfe bei der hinlänglichen Anzahl von Geistlichen gar nicht bedarf. Sie nennen sich Redemptoristen; andere Jesuiten, unter dem Namen der christlichen Schulbrüder, werden das Waisenhaus dirigiren, zu dessen Grundsteinlegung kürzlich die Prinzessin von Preußen durch den katholischen Männerverein eingeladen war, der sehr bestimmte ultramontane Tendenzen verfolgt. [Spen. Z.]

Berlin, 15. Juni. Dem Vernehmen nach wäre es im Werke auch für das Ministerium des Innern ein Unterstaatssecretariat einzurichten, da Herr v. Manteuffel in seiner gleichzeitigen Stellung als Unionsminister sich nicht mehr im Stande sehen soll, allen Anforderungen allein zu genügen. Als den neuen Unterstaatssecretair bezeichnet man bereits den Bruder des Ministers, den Abgeordneten der ersten Kammer und ehemaligen Landrath des Luckauer Kreises. [Nat.-Z.]

Berlin, 15. Juni. Die Restauration des Namens „Kammergericht" bestätigt der „N. Pr. Z.", daß Zweckloses niemals sich hält, und sie hofft, daß auch die Appellationsgerichte in den Provinzen bald wieder Oberlandesgerichte getauft werden, „bevor der Irrthum oder die Anmaßung, welche sich nun schon zu oft geltend und fühlbar gemacht hat, noch weiter um sich gegriffen, daß nämlich die Oberlandesgerichte nach dem Laute ihres derzeitigen Namens Appellationsgericht nur die Spruchbehörde in der Appellationsinstanz geworden wären und aufgehört hätten, die aufsichtsführende Autorität und also die vorgesetzte Oberbehörde der Untergerichte der Provinz zu sein."

Berlin, 15. Juni. Wir hören, daß folgende im Regierungsbezirk Liegnitz erscheinende Blätter in Folge der Verordnung vom 5. Juni vom Betriebe durch die Postanstalten des Staats ausgeschlossen worden sind: der zu Bunzlau erscheinende Fortschritt, der pädagogische Wächter und der Wander'sche Taschen-Katechismus daselbst, der Niederschlesische Anzeiger in Glogau, das Grünberger Wochenblatt, der Sprecher und die Kanzel in Hirschberg, die Freie Gemeinde in Neumarkt und die Silesia zu Liegnitz.

Die früher erwähnten Gerüchte über das Einrücken österreichischer Truppen in Trautenau und Umgegend reduciren sich nach näheren Angaben auf ein Commando von 60 Mann, welches dort zur Abholung der Gewehre der früheren Bürgergarde angekommen war. Im Uebrigen verhalten sich die in Böhmen stationirten, meist aus Honveds und Italienern bestehenden Streitkräfte vollkommen passiv.

In der heutigen Sitzung des provisorischen Fürstencollegiums sollte die Geschäftsordnung zur Berathung kommen. Es wurde indeß für gut befunden, diesen Gegenstand noch bis zu einer der nächsten Sitzungen ruhen zu lassen; dagegen wurde die definitive Constituirung des Unionsgerichts und die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über Hoch- und Landesverrath für die Staaten der Union beschlossen. Der badische Bevollmächtigte hat heute seine Vollmacht überreicht. [Ref.]

Stettin, 15. Juni. Auf den Aufruf des Dr. Gützlaff haben sich zwei Schüler des hiesigen Gymnasiums entschlossen, als Missionare nach China zu gehen; indeß werden sie wohl noch einige Zeit zur Vorbereitung auf ihren Beruf hier bleiben müssen.

Dresden, 13. Juni. Wenn man versucht, die sächsischen und preußischen Zustände zu vergleichen, so ist es sehr verfehlt, die sächsischen Preßverordnungen den preußischen an die Seite stellen zu wollen; die sächsischen heben Urtel und Recht auf, das ist ein wesentlicher Unterschied, und es werden daraus zuvörderst wahrscheinlich zwischen den Staatsanwälten und den Kreisdirectionen einige Collisionen entstehen. Weil die Anhänger der Union und die Gegner des sächsisch-österreichischen Bundes, der jedenfalls schon enger und verbindlicher geschlossen ist, als die Oeffentlichkeit weiß, unter den höheren Beamten stark vertreten sind, so meint man, es werde das Ministerium unter denselben bald eine Art Reinigung vornehmen. Ich mag nicht verbürgen, ob es wahr ist, was man in der Stadt erzählt, daß der Ministerpräsident einem sich verabschiedenden Abgeordneten gesagt habe: „Wir gehen nun auf dem betretenen Wege

weiter, es mag biegen oder brechen" — aber jedenfalls ist sicher, daß das Ministerium zu diesem Wege auf andere Hülfsmittel vertraut, als auf die alten Stände, an deren Zusammenkommen und noch mehr an deren Unterstützung es wohl selbst nicht glauben kann.

Ich weiß nicht, welchem Endziel das Ministerium bei diesem gefährlichen Spiel eigentlich zuzusteuern meint, aber alle Leute, die sich weniger in Diplomatie, sondern nur in gesundem Menschenverstand ergehen, sind der Ueberzeugung, daß Sachsen durch dies Verfahren um einige Menschenalter dem Abschluß seiner Geschichte näher geführt wird. [Ref.]

Dresden, 14. Juni. In der Nacht vom 12. auf den 13. Juni ist Bakunin vom Königstein aus nach Oesterreich abgeliefert worden: ob, um durch dasselbe nach Rußland ausgeliefert, oder um wegen des Aufstandes in Prag, als dessen Theilnehmer, wenn nicht Anstifter man ihn bezeichnet, daselbst noch nachträglich in Untersuchung gezogen zu werden, ist uns unbekannt geblieben. Mit zwei Offizieren (darunter der von Leipzig her bekannte Oberlieutenant Vollborn) in einer Chaise sitzend, welche zwischen zwei mit je vier Trainpferden bespannten und mit 24 Mann Soldaten besetzten Leiterwagen fuhr, wurde er über Bergißhübel nach Peterswalde, dicht an der böhmischen Grenze, geschafft, wo ihn eine bereits seit einigen Tagen daselbst stationirte Abtheilung österreichisches Militair in Empfang nahm, welche den Zweck ihres dortigen Aufenthaltes selbst nicht gekannt und in der Meinung gestanden hatte, sie sollten für ein nachrückendes Corps in Sachsen Quartier machen. — Bakunin war bekanntlich in Sachsen in zwei Instanzen zum Tode verurtheilt, war aber nach der Bekanntmachung des Justizministers vom 5. Juni, wonach die Todesstrafe erst wieder für von diesem Tage an begangene Verbrechen vollstreckt werden soll, mit dem Leben (an dem ihm übrigens nichts liegt) davon gekommen. Sollte er von Oesterreich nicht nach Rußland ausgeliefert werden, so wäre es möglich, daß er nach dem Ende der, wie oben gedacht, gegen ihn einzuleitenden Untersuchung dort der Todesstrafe verfiele, welche nach der nur genannten „Bekanntmachung" in Sachsen gesetzlich nicht an ihm vollstreckt werden konnte. Oder wird ihn Oesterreich nach beendeter Untersuchung wieder an Sachsen abgeben, damit er hier die ihm bevorstehende vielleicht lebenslängliche Freiheitsstrafe verbüße? Obgleich wir uns den Grundsatz des Horaz: nil admirari, d. h. man darf sich über nichts wundern, jetzt täglich mehr zu eigen machen sollten, ist uns obige Kunde doch überraschend gekommen, und Bakunin's Schicksal erregt allgemeine Theilnahme. Der Minister Könneritz lieferte den Diktator Krakaus, Tyssowsky, nicht aus, trotz den lebhaftesten Reklamationen Oesterreichs. Und Könneritz war ein vormärzlicher Minister. [Dresdn. Z.]

Kassel, 12. Juni. Die „N. Hess. Z." berichtet über die Auflösung der Ständeversammlung folgendermaßen: Heute um 5 Uhr Nachmittags ist auf Verlangen des Landtagscommissars die Ständeversammlung zu einer geheimen Sitzung zusammenberufen und derselben eröffnet worden, daß die Staatsregierung noch heute die Versammlung aufzulösen beabsichtige und deshalb beantrage, den Bericht auf der Stelle in Berathung zu nehmen und darüber zu beschließen. Hierbei ist darauf hingewiesen, daß der Landesherr verfassungsmäßig zu jeder Zeit zur Auflösung berechtigt sei, daß aber im Falle der Auflösung ohne vorgängige Steuerverlängerung eine große Verwirrung aller Angelegenheiten des Landes und unabsehbares Unheil zu befürchten sein werde. Von Seiten der Abgeordneten ist hierauf mehrfach und nachdrücklich hervorgehoben, daß der Bericht sich in der Druckerei befinde und erst in einigen Stunden vollendet werde, daß die landständische Geschäftsordnung die sofortige Berathung nicht gestatte, und vor Allem, daß die im Drange des Augenblicks überstürzte Beschlußfassung über einen Gegenstand von so folgenschwerer Wichtigkeit in keiner Weise gerechtfertigt werden könne, daß mithin die Ständeversammlung gesetzlich und moralisch sich völlig außer Stande befinde, dem ohnedies der Würde der Versammlung schon in seiner Form zuwiderlaufenden Verlangen der Staatsregierung zu entsprechen. Der Landtagscommissar hat hierauf nichts zu erwiedern gewußt, worauf die Versammlung mit allen Stimmen (gegen die des Abgeordneten Lieberknecht) beschlossen hat, es bei der auf morgen bestimmten Berathung zu belassen. Der Landtagscommissar hat sodann im Auftrage des Landesherrn die Stände-Versammlung sofort aufgelöst.

Braunschweig, 11. Juni. Zu dem am 18. d. hier stattfindenden Waterloofeste haben bereits mehr als 600 der noch lebenden Krieger jener denkwürdigen Zeit ihre Theilnahme angemeldet. Interessant wird diese Versammlung besonders durch das Beisammensein jener einst für das theure deutsche Vaterland so hochbegeisterten heldenmüthigen Kämpfer vom v. Schill'schen, v. Lützow'schen, v. Hellwig'schen und v. Marwitz'schen Freikorps, so wie auch von fast allen Theilen der damaligen alliirten Armee. Selbst die Nassauer Brigade, welche bei Quatrebas so ruhmwürdig gefochten hat, wird hier vertreten sein. [D. R. Z.]

Braunschweig, 12. Juni. In den heutigen hiesigen Anzeigen wird eine Herzogl. Verordnung veröffentlicht, worin es heißt, daß zur Beförderung der äußeren Würde der öffentlichen Gerichtssitzungen Vorschriften über die Amtstrachten der in denselben auftretenden Gerichtspersonen und Advokaten nothwendig erachtet würden. Dieselben werden ertheilt.

Mannheim, 12. Juni. Ober-Gerichts-Advocat Brentano ist, weil er den gemachten Beweis-Auflagen nicht nachgekommen, verurtheilt, an die großherzogliche General-Staatskasse 11,382 Fl. zu bezahlen. Wie bekannt, ist derselbe in America, sein Vermögen aber schon früher mit Beschlag belegt worden. [Fr. Journ.]

Hamburg, 13. Juni. Die erbgesessene Bürgerschaft hat heute dem Vorschlage des Senats wegen Auflösung der constituirenden Versammlung beigestimmt.

Hamburg, 15. Juni. Die Berichte aus Copenhagen vom 13. lauten friedlicher. Obschon ein Armeecorps hart an der Grenze steht, so will es dennoch dieselbe nicht überschreiten.

Altona, 13. Juni. Syndicus Prehn ist nun wirklich über Rostock hier eingetroffen und mit dem heutigen Abendbahnzuge weiter nach Kiel gegangen. Es läßt sich wohl nicht mehr daran zweifeln, daß einstweilen die Verhandlungen ganz abgebrochen sind. [A. M.]

Oesterreichische Länder.

Wien, 11. Juni. Die Krönung des Kaisers dürfte in einer nicht mehr fernen Frist stattfinden; wenigstens ist der Krönungswagen bereits in Arbeit und die Beschleunigung derselben befohlen.

Wien, 13. Juni. Nach den neuesten Privatberichten aus dem Banat haben sich die Besorgnisse wegen der Heuschrecken keineswegs gelegt, indem die Einsammlung in keinem Verhältnisse zur ungeheuern Vermehrung derselben steht. Dennoch fürchtet man weniger für die Weizen- als für die später eintretende Maisernte, bis wohin die jetzige Brut völlig ausgewachsen sein wird. In Folge dieser getrübten Aussichten wird Weizen auf 12½ fl. gehalten.

Wien, 13. Juni. Das heutige Reichsgesetzblatt enthält die Verordnung, wodurch die Militairdienstzeit auch für ungarische, siebenbürgische und kroatische Truppen von 10 auf 8 Jahre herabgesetzt wird.

Wien. Preußen soll neue Zollrevisionsvorschläge gemacht haben, worin vorzüglich auf Ermäßigung der Eingangszölle für österreichische Seidenfabrikate angetragen wird.

Unter der Garnisonsmannschaft Lembergs herrscht die angeblich contagiöse sogenannte egyptische Augenentzündung. Bei Eintausend Augenkranke befinden sich in den Militärspitälern und leiden nicht nur durch die Krankheit selbst, aber auch durch die Kurart qualvolle Schmerzen. Viele bleiben uneurabel, manche erblinden sogar.

Aus Galizien, 5. Juni. Leicht dürfte man uns der Uebertreibung beschuldigen, wollten wir die traurigen Verhältnisse des galizischen Gutsbesitzers in Hinsicht seiner Landwirthschaft nur einigermaßen zu schildern versuchen; sein materieller Wohlstand ist ganz gesunken, und sinkt von Tag zu Tag zusehends, so daß er endlich der gänzlichen Verarmung nicht zu entreißen ist. Diese unglückseligen Verhältnisse aller Gutsbesitzer in Galizien, fast ohne Ausnahme, entstanden unstreitig aus den unglückseligen Ereignissen in Galizien im Jahre 1846, wo der Edelmann an Ansehen, Credit, Bedeutung und Wohlhabenheit verlor. Von der Zeit an begann seine Landwirthschaft zu sinken und sein materielles Wohl untergraben zu werden; nicht die damalige theilweise Aufhebung der Frohne verschlimmerten die Umstände des Gutsbesitzers so sehr, daß er sich von seinem Verfalle nicht erholen konnte, sondern die gänzliche Creditlosigkeit, die in der ganzen Provinz nach den Februarereignissen desselben Jahres erfolgte; denn gestehen muß man es, ein großer Theil der polnischen Gutsbesitzer zeichnete sich wenig durch Arbeitsamkeit und Sparsamkeit aus und lebte gemeiniglich in den Tag hinein. [Wand.]

Frankreich.

Paris, 13. Juni. Das Wahl-Ergebniß des Elsasses ist natürlich das Ereigniß des Tages. Emil de Girardin ist mit einer bedeutenden Mehrheit erwählt, trotz der ungeheuren Anstrengungen der Gegenpartei, trotz der Spaltung im Lager der

Republicaner, und die Pforten der National-Versammlung haben sich endlich dem berühmten Redacteur der „Presse“ geöffnet. Diese Wahl ist gewiß ein wichtiges Ereigniß, denn der Eintritt Girardin's in die National-Versammlung bringt ein Element hinein, das bis jetzt auf beiden Seiten noch wenig vertreten war. Girardin ist der Mann der Initiative, und wenn er sich aufrichtig der Opposition anschließt, so wird er wahrlich der antirepublicanischen Partei viel zu schaffen machen. Auch seine bekannten ökonomischen Ideen und Finanz-Systeme wird Girardin baldigst vor die Versammlung bringen, und hat er in dieser Beziehung eine Menge Anträge schon seit längerer Zeit bereit liegen.

Paris, 13. Juni. Abd-el-Kader leidet sehr an einem Nervenübel im Hinterkopfe, das jedoch nicht die mindeste ernstliche Besorgniß einflößt; er ist überdies sehr traurig und sehr abgemagert. Die kranksten Personen seiner Familie sind seine Mutter, sein Bruder und seine beiden Frauen. Die Kinder haben ein leidendes und rachitisches Aussehen.

Seit einigen Tagen befindet sich Fürst Metternich in Paris.

Paris, 14. Juni. In wenigen Tagen werden die bedeutendsten Männer der orleanistischen Partei in St. Leonards bei Louis Philipp versammelt sein. Hr. Guizot, der gestern Abend Paris verlassen hat und als dessen Reiseziel Deutschland angegeben wurde, wird sich, wie es heißt, wenigstens zuerst auch nach St. Leonards begeben, und Hr. de Broglie soll ihm heute ebenfalls dahin folgen. Der angebliche Zweck dieser Pilgerschaft, die an die nach Bergrave Square erinnert, ist die Mittheilung des von Louis Philipp entworfenen politischen Testaments. In gut unterrichteten Kreisen wird jedoch behauptet, daß es sich vorzugsweise darum handle, die Herzogin von Orleans, die der Hauptwiderstand bei der beabsichtigten Versöhnung der beiden Bourbonen-Familien ist, zum Nachgeben zu bewegen.

Der Kaiser von Rußland hat für den Fall, daß Lord Palmerston in Toscana und Neapel gewaltsam einschreite und den Forderungen Englands durch die Kanonen seiner Flotte Nachdruck gebe, mit beschränkenden Maßregeln gegen den Aufenthalt der Engländer in Rußland gedroht. [Köln. Ztg.]

Paris, 14. Juni. Noch mehrere Orleanisten reisen nach England. Mit Louis Philipp geht es etwas besser.

[Tel. Dep. d. Nat.-Z.]

Großbritannien.

St. Leonards, 11. Juni. Ludwig Philipp ist auf dem Sterbebette. Guizot, Montalivet, Duchatel, de Salwandy werden heute oder morgen hier erwartet. Die Aerzte haben eine Consultation gehalten und erklärt: Der König könne nicht nach Claremont gebracht werden, da er unterwegs sterben würde. So steht es mit der Gesundheit des alten Königs. — Was die daran sich knüpfende Politik betrifft, so ergiebt sich nach den sichersten Quellen Folgendes: Seit geraumer Zeit ist Louis Philipp sehr andächtig geworden, und beichtete fast täglich. Durch den Verkehr mit seinem Beichtvater war er veranlaßt, einen eigenhändigen Brief an Heinrich V. zu schreiben, worin er ihn um Verzeihung bittet und sein Vergehen der Usurpation offen bekennt. Heinrich habe darauf in verbindlichen und sehr freundlichen Worten geantwortet, er nennt ihn immer seinen theuern Oheim. Es heißt in diesem Briefe, wenn er (Heinrich) durch Gottes Fügung den Thron Frankreichs besteigen sollte, werde er sich nicht nach extremen Rathschlägen, weder nach den des Herrn Larochejaquelin, Berryer u. s. w., noch durch seine Umgebung leiten lassen, sondern vorzüglich die öffentliche Meinung in Frankreich zu Rathe ziehen. — Doch die Söhne des Königs, vor Allen Prinz Joinville, sind diesen Plänen entgegen, darum berief Louis Philipp seine Freunde aus Paris, damit sie die Union der beiden bourbonischen Linien betreiben und ausführen helfen möchten. Louis Napoleon soll mit 10 Mill. Frank. abgefunden werden, wenn er der Thronbesteigung Heinrich V. vorarbeite. [Nat.-Ztg.]

Spanien.

Madrid, 12. Juni. Die Wiege für den königlichen Sprößling, die in Paris angefertigt worden ist, soll nicht weniger als 150,000 Franken gekostet haben.

Egypten.

Aus Alexandrien meldet man, daß die Bevölkerung unter Abbas Pascha sich ganz wohl fühle, indem der neue Vice-König durchaus nicht der Mann sei, der sich Illusionen hingebe, sondern seine und des Landes Lage richtig aufgefaßt habe und demgemäß handle. Egypten ist des Fortschrittes fähig, nur muß es seine reichen Schätze zu wirklichen Verbesserungen anwenden und nicht in allerlei unnützen Versuchen vergeuden. Am 11. Mai ist Teffik Pascha mit dem Bildnisse des Sultans (Geschenk für Abbas Pascha) in Alexandrien angekommen. Das Bildniß wurde auf einem sechsspännigen Wagen weiter geschafft, den alle Autoritäten mit Militair und Musik an der Spitze begleiteten. Man benützte diese Gelegenheit, um den Wunsch auszusprechen, daß auch Abdul Meschid einmal nach Egypten kommen möge. [Wand.]

Auszüge aus Reisebriefen über Italien.

Turin dürfte jetzt der angenehmste Ort in Italien sein. Die Constitution des sardinischen Staates befestigt sich, ohne durch den Mißbrauch der Freiheit befleckt zu werden, vielleicht gerade deßhalb, weil kein Grund, kein Vorwand von Seiten der Gewalt dazu vorhanden ist. Der König meint es ehrlich mit der Verfassung und die Aristokratie ist theils so reich, theils so gebildet, daß sie keine gefährliche Reaction im Schilde führt. In Turin herrscht zu viel allgemeine Bildung, als daß unter der Demokratie eine Zeitung wie der Kladderadatsch, unter der Aristokratie eine Kreuzzeitung möglich wäre. Man ist hier, befindet man sich in der vornehmsten Gesellschaft, zugleich in der gebildetsten, was man von Deutschland nicht überall behaupten kann. Die Schulen freilich, weil sie sonst in den Händen der Jesuiten waren, sind hier weniger gut, als in manchen deutschen Ländern. Allein man lernt hier nicht blos des Examens wegen, man lebt hier aus Liebhaberei den Wissenschaften, lernt hier nicht für die Schule, sondern für's Leben. Bei uns wird häufig das Buch mit dem Austritt aus der Schule zugemacht, hier fängt man erst mit dem reiferen Alter ernstlich zu arbeiten an; denn es gereicht hier zur Ehre, ein Gelehrter zu sein, während in Deutschland die Gelehrsamkeit fast lediglich für einen bloßen Broderwerb gilt. Darum findet man aber auch in Italien kein schriftstellerisches Proletariat.

Hätte der berühmte Graf Verme de Baudi, der, als er bereits der Schule entwachsen war, heimlich in den Gebirgen studirend herumschweifte, weil sein Beichtvater ihm gelehrte Arbeiten im Hause, sowie die nöthigen Hülfsmittel dazu versagte, hätte er ein deutsches Gymnasium besuchen müssen, um für das Examen vorbereitet zu werden, so würde er als Gardelieutenant oder deutscher Gesandtschaftsattaché vielleicht eben so unbedeutend geblieben sein, wie seine Collegen. Der Graf ist auf den Namen des gelehrten Verme stolzer, als auf seinen Grafentitel.

In Italien kommen leere Ansprüche auf Geburtsrang nicht vor. Daher hier der Mensch mehr gilt, und der Adel, selbst der reiche, stets erst etwas aus sich selbst zu machen strebt. Der arme Aristokrat weiß, daß der bloße Geburtsadel nur ein leerer Name ist, macht daher keine Ansprüche, und der Italiener ist nicht so servil, wie der Deutsche, dem ein simpler Herr Von imponirt, er erkennt wenigstens seinen Unterschied an. Hier erkennt Niemand diesen Unterschied an. Der Ordensritter Cibrario, ein bedeutender Historiker, gilt mehr, als ein geborner Ritter, weil der Orden an sein Verdienst erinnert. Der servile Deutsche lacht den deutschen Ordensritter aus, wenn er sich so nennt, obwohl er es ganz natürlich findet, wenn Einer sich geborner Baron nennt.

In Novara, wo man fleißig mit den Befestigungsarbeiten beschäftigt ist, besah ich das unglückliche Schlachtfeld des ersten königlichen Märtyrers für die Unabhängigkeit seines Volkes. Selbst die Oesterreicher lassen ihm die Gerechtigkeit widerfahren, daß er und sein Heer sich gut geschlagen haben. Zwei Ursachen führt man an für das Mißglücken des Feldzuges. Zuvörderst der Unsinn der Republikaner, welche dem Könige keinen Erfolg gönnten, weil sie voraussahen, daß er König von ganz Italien werden mußte, wenn er siegte. Dabei half die klerikale Partei, welche die Constitution in Italien mit der Aufrechthaltung des Papstthums in Zwiespalt sah. Zweitens nennt man den General einer damals vermeintlich ehrlich constitutionellen Macht, welcher mit dringenden Empfehlungen seines Hofes kurz vor dem Ausbruch des zweiten Feldzuges nach Turin kam. Er ward in alle Unternehmungen eingeweiht, ihm ward sogar auf dem Kriegsministerium der Plan von der Umgegend von Novara vorgelegt; er hatte damit den Schlüssel des Feldzugs in den Händen. Als der Krieg anfing, ging dieser deutsche General in das feindliche Lager über und führte Radetzky nach Novara. Man legt auf diesen Umstand um so mehr mit Recht Gewicht, da die Oesterreicher sich sonst fast nur durch defensive Operationen und Deckung nach allen Seiten auszeichnen, sonst nur stets Meister im Rückzuge waren.

(Fortsetzung im Beiblatt.)

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 71.

Görlitz, Dinstag den 18. Juni 1850.

Die Lombarden, namentlich die Mailänder, fühlen sich sehr unglücklich, obgleich der gebildete Fürst Schwarzenberg als Landesgouverneur die Strenge der getroffenen Regierungsmaßregeln durch seine persönliche Leutseligkeit zu mildern sucht. Die vornehmen Italiener ertragen ihr Unglück mit Würde, ob sie gleich für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes ungeheure Opfer gebracht haben. Man sieht keinen Luxus, keine Equipage und die Logen im Theater sind leer.

Dabei darf man aber auch nicht die gute Haltung der österreichischen Armee vergessen. Der Bürger wird deßhalb nicht verachtet, weil er keinen bunten Rock trägt. Die Civilbeamten in Oesterreich haben einen gegen das Militair bestimmten, angemessenen Rang. Ein Präsident eines Obergerichts, gewöhnlich Geheimrath, hat den Rang des Generallieutenants, der Rath den des Obristen, der Assessor den des Majors ꝛc. Daher herrscht hier nicht der lächerliche Stolz, wie in andern Armeen, dem Civilstande gegenüber. Im Offiziercorps herrscht, trotz des cordialen Tones der Offiziere unter einander, im Dienste eine strenge Disciplin.

Die österreichische Armee hat den Vorzug, daß viele wohlhabende junge Leute aus Neigung zum Soldatenstande in Dienste treten, wogegen manche Heere nichts als eine Versorgungsanstalt für den armen Adel sind. Das kommt hauptsächlich daher, daß Keinem die Beförderung durch die Geburt ganz abgeschnitten ist. Es reicht hin, die erforderlichen Kenntnisse zu haben und sich gut zu führen, um Offizier zu werden. Aus dem Grunde befinden sich so viele Engländer unter den österreichischen Offizieren; sie würden für die englische Armee nicht reich genug sein.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. Heinze & Comp.

Lausitzer Nachrichten.

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Görlitz in der öffentlichen Sitzung vom 15. Juni 1850.

Es erhielten das Bürgerrecht: der Kaufmann H. B. Schmidt und der Bäckermeister J. Bänsch.

Dem Corduaner Biedermann wurde das übliche Bürger-Jubilar-Geschenk von 10 Thlr. nachträglich bewilligt; derselbe war bereits im Jahre 1789 hiesiger Bürger geworden.

Ferner wurden bewilligt: 59 Thlr. 21 Sgr. 3 Pf. Mehr-Kosten der Polizei-Verwaltung im Jahre 1849; 100 Thlr. 19 Sgr. Baukosten von 7 Brücken, zur Pachtung Ober-Sohra gehörig, und 10 Thlr. Gratification der Frau Kliesch für ihre Mühwaltungen bei den Gefangenen weiblichen Geschlechts.

Den Meistbietenden für verschiedene Wiesen und Ländereien wurde wie gewöhnlich der Zuschlag ertheilt, mit Ausnahme der Henkerwiese, auf welche zu niedrig geboten war, weshalb ein neuer Termin angesetzt werden soll.

Die Kündigung resp. Klage in Betreff eines auf Ober-Gerlachsheim haftenden Kapitals von 8000 Thlr. wurde wegen mangelnder Zinszahlung beschlossen; gegen die Anstellung des Volksschullehrer Gladosch nichts zu erinnern gefunden, und an Stelle des Herrn Exner der Schlossermeister Bönsch als Mitglied der Armen-Commission im 9. Bezirk erwählt.

Bei der Mittheilung der Forst-Deputation, daß das auf dem Holzhof lagernde Bauholz unten heraus abgefahren werden könne, faßte Versammlung Beruhigung; so wie bei der Eröffnung des Magistrats, daß die vom Turnlehrer Böttcher übernommenen Theile eines Mädchenbades zu einem Bad in erforderlicher Ausdehnung nicht genügt hätten, und bei der Kürze der Zeit ohne Berathung mit der Bau-Deputation zum Neubau hätte vorgegangen werden müssen.

Der Abbruch des vor dem Frauenthor befindlichen Spritzenhauses wurde zwar genehmigt, allein Bedenken getragen, dem Magistrat darin beizustimmen, die Spritze im Stallgebäude des Hospitals unter zu bringen, weil zwei bei Nachtzeit verschlossene Thore als ein Hinderniß betrachtet wurden. Ein im Zwinger hinter dem Frauenthurme anzubringender leichter Schuppen schien geeigneter für diesen Zweck, und wurde der Magistrat ersucht, Kosten-Anschläge für beide Fälle zurück gelangen zu lassen.

Der Magistrat hatte den Entwurf zu einem Gesinde-Kranken-Abonnement vorgelegt; derselbe war durch eine Deputation berathen und mit einigen wenigen Modificationen angenommen worden. Nach diesem Entwurf soll einer jeden Herrschaft freistehen, gegen Entrichtung eines Beitrags von 15 Sgr. jährlich für jeden ihrer Dienstboten, denselben in Erkrankungsfällen im Stadtkrankenhause verpflegen und ärztlich behandeln zu lassen, welche höchst zweckmäßige und billige Gelegenheit gewiß recht vielseitig benutzt werden wird.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die zum 1. Juli ablaufende Versicherung der Communal-Gebäude gegen Feuersgefahr bei der Elberfelder Gesellschaft zu erneuern.

Ein Antrag des Herrn Stadtverordneten Döring, dahin gehend, zum besseren Schutz der Park-Anlagen, so wie solches in andern größeren Städten gebräuchlich, Tafeln aufzustellen, worauf die Anlagen dem Schutze des Publikums empfohlen werden, und ferner angemessene Prämien für Entdeckung von Freveln aller Art, als Beschädigungen der Anlagen nebst Zubehör, Wegfangen der Nachtigallen u. s. w. auszusetzen, wurde von der Versammlung zu dem ihrigen gemacht, und dem Magistrat übergeben.

Görlitz, 17. Juni. Heute Mittag passirte die Prinzessin Amalie von Sachsen auf der Durchreise nach Wien unsere Stadt.

Der bisherige Predigtamts-Candidat Julius Gustav Zürn ist zum Pastor secundarius und Diakonus in Meffersdorf, Kr. Lauban, bestätigt worden.

Muskau, 8. Juni. Vom Polizei-Amt daselbst wird öffentlich bekannt gemacht, daß, nachdem die in Köbeln über das die Straße nach Forste durchschneidende Föhrenfließ unweit der Papiermühle führende Brücke hat abgebrochen werden müssen, das Fracht- und schwere Fuhrwerk nach Forste und Guben den Weg über Tzschorno einzuschlagen hat, leichte Wagen aber durch den Hof der Papiermühle fahren dürfen.

Hoyerswerda, 10. Juni. Am 7. Juni, Nachmittags gegen 5 Uhr, hat der 38 Jahr alte Gottfried Hänsel zu Frauendorf im Kreise Hoyerswerda, Sohn des dasigen Halbhüfner Christian Hänsel, seinen 18jährigen Bruder Gottlieb, welche beide auf dem Felde etwa 12 Minuten vom Dorfe entfernt waren, mittelst einer Stange erschlagen. Der Grund dieser Mordthat besteht darin, daß Gottlieb die väterliche Nahrung von seinen noch lebenden Eltern hat übernehmen sollen, worüber Gottfried in Wuth gerathen, und seinen einzigen Bruder (Stiefbruder) auf diese Weise fortzuschaffen gesucht hat, um dann selbst in den Besitz der väterlichen Nahrung zu gelangen. Der Vater dieser beiden Söhne, welcher ebenfalls ohngefähr 70 Schritte davon entfernt auf dem Felde war, hat die That entdeckt, worauf der Mörder, welcher das Verbrechen im vorgedachten Sinne zugesteht, verhaftet und der Behörde zur Bestrafung überliefert worden ist.

Guben. In der Nacht vom 13. zum 14. Mai d. J. hat in Krebsjauche eine bedeutende Feuersbrunst stattgefunden, welcher unzweifelhaft eine Brandstiftung zum Grunde liegt, da das Feuer an verschiedenen Stellen zum Ausbruch gekommen ist. Die Königl. Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, eine Prämie von Funfzig Thalern für Denjenigen auszusetzen, welcher den vorsätzlichen Urheber jener Feuersbrunst dergestalt entdeckt und zur Anzeige bringt, daß derselbe gerichtlich verurtheilt wird.

Cottbus, 17. Mai. Zu dem am 19. Juli d. J. hier abzuhaltenden Wollmarkte ladet der hiesige Magistrat mit dem Bemerken ein, daß auf portofreie Anmeldungen für Unterkommen und Lagerplätze, sowie für die Bequemlichkeit des Verkehrs in jeder Hinsicht gesorgt werden wird.

Bautzen, 13. Juni. Es ist in diesen Blättern schon wiederholt der Spinnschulen gedacht worden, welche seit einiger Zeit in Schönbach, Spremberg ꝛc. errichtet worden sind, und es genügt in der That nur ein Blick auf diese Anstalten, um sich von den segensreichen Folgen derselben zu überzeugen. Daher

konnte es auch nicht fehlen, daß diesem Unternehmen vorzüglich von Solchen eine große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, welche das Wohl der Gemeinden zu fördern zuerst berufen sind. Die Gerichtsdirectoren, Geistlichen, Schullehrer und Gemeinderäthe erkannten hierin ein wirksames Mittel, der Kinderbettelei und allen den Lastern, welche das aufsichtslose Umhertreiben nothwendig erzeugen muß, entgegenzuarbeiten, die angehenden Vagabunden vielmehr zu Arbeitsamkeit, Ordnung und Sittlichkeit anzuhalten und ihnen nützliche Kenntnisse beizubringen, wodurch zur Zeit der Wohlstand ihrer Eltern gehoben und für die Zukunft ihr eigner gegründet wird. Ferner hat sich auch ein Verein gebildet, welcher die schon bestehenden Spinnschulen überwacht, sie unterstützt und neue zu errichten sich bemüht. Derselbe fordert zu Beiträgen auf, hält Versammlungen, in denen Proben von der erlangten Fertigkeit der Schüler vorgelegt und überhaupt die erreichten Resultate mitgetheilt werden. Die nächste Hauptversammlung wird den 26. d. M. in Herrnhut stattfinden und dabei von mehreren Lehrern Bericht erstattet werden.

Das diesjährige hiesige Königsschießen soll mit Genehmigung des Stadtraths und der Stadtverordneten am Sonntag den 30. Juni bis Sonntag den 7. Juli stattfinden. [Bud. Nach.]

Bautzen, 12. Juni. (Wollmarktsbericht.) Da besonders die Tuchfabriken in neuester Zeit vielfach Gelegenheit gefunden, ihre Fabrikate abzusetzen und ihre Wollvorräthe zu räumen, so gaben die Wollverkäufer sich vor Anfang des Wollmarktes der Hoffnung hin, daß der Preis der Wolle gegen voriges Jahr noch steigen werde. Die beunruhigenden Nachrichten über die im Königreich Preußen angeordnete Mobilmachung der Armee und Befestigung der Festungen hatten indeß schon auf den Breslauer Wollmarkt nachtheilig eingewirkt, so daß die hochfeine und gut gewaschene Mittelwolle mit einem Aufschlage von 5 bis 8 Thlr. pr. Cntr., die mehrsten übrigen Wollen aber nur zu den vorjährigen Preisen verkauft worden sind. Dieses Ergebniß, welches hier bekannt wurde, konnte natürlich nicht ohne Wirkung bleiben. Und so ist es gekommen, daß die meisten hier eingebrachten Wollen, wie in Breslau, nur zu den vorjährigen Preisen, oder doch nur mit einer geringen Preiserhöhung verkauft wurden. Nur wenigen Verkäufern glückte es, für ihre Wollen einen bis zu 1 Thlr. für den Stein erhöhten Preis zu erlangen. Im Durchschnitt dürfte aber die Erhöhung pro Stein 15 Ngr. nicht übersteigen.

Der abgehaltene Wollmarkt war übrigens einer der frequentesten, der seit einer langen Reihe von Jahren stattgefunden. Diese Frequenz erstreckte sich sowohl auf die Verkäufer, als auch auf die Käufer. Die eingebrachte Wolle war bedeutend. Es waren nämlich zum Verkauf gestellt:

3906	Stein	10	Pfd. sächsische Wolle,
3258	=	7	= preußische Wolle,
843	=	5	= böhmische Wolle,
8008	Stein.		

Davon sind:

7213	Stein	9	Pfd. an Fabrikanten verkauft,
576	=	2	= unverkauft deponirt, und
218	=	11	= unverkauft ausgeführt worden.

Sa. w. o.

Die Käufer waren meist Fabrikanten aus Bischofswerda, Camenz, Bernstadt, Zittau, Löbau und Görlitz. Die Geschäfte gingen ziemlich flott, so daß schon am Abend des ersten Markttags mindestens $\frac{2}{3}$ der eingebrachten Wollen in die Hände der Käufer übergegangen waren. Der übrige Theil der verkauften Wollen ist am andern Tage abgesetzt worden. Für die Bequemlichkeit der Verkäufer war nach Kräften gesorgt. Für die Käufer war die Einrichtung getroffen, daß ihnen bei der hiesigen städtischen Sparkassen- und Leihanstalt gegen Deposition der Wollen angemessene Vorschüsse gemacht werden konnten. Diese Einrichtung hat ebenfalls mehrfach Anklang gefunden.

Während dieses Marktes wurden folgende Preise bewilligt:

Feine Wolle	16	bis	18	Thlr.	pr.	Stein.
Mittelfeine Wolle	13	=	16	=	=	=
Mittle Wolle	10	=	13	=	=	=
Geringe Wolle	8	=	10	=	=	=

Nur ein kleiner Theil der nicht abgesetzten Wollen wurde nach Dresden abgeführt. [Bud. Nach.]

Lausitzer Grenze. Reichenberg, 6. Juni. Von preußischer Seite ist in neuerer Zeit hier durchaus Nichts auf einen Bahnbau von Görlitz nach Reichenberg Bezügliches zu vernehmen gewesen, noch weniger hat es den Anschein, als ob man sächsischerseits wegen Anlage des an sehr geeigneter Stelle bereits hier abgesteckten Bahnhofs sich irgend Vorschriften machen zu lassen geneigt sei. Mit Aufnahme und Nivellirung der in ihrer Hauptrichtung nun fest bestimmten Linie von Reichenberg nach Zittau sind die sächsischen Ingenieurs sehr thätig beschäftigt. Durch eine äußerst geschickte Benützung des Terrains ist es möglich geworden, die Schwierigkeiten des engen Neißethales bei der Ruine des alten Raubschlosses Hammerstein zu beseitigen. — Nächst den bekannten großartigen Fabriketablissements in Reichenberg, welche durch die Eisenbahn mit den unermeßlichen Braunkohlenlagern bei Zittau in unmittelbare Verbindung gelangen, dürfte übrigens gewiß auch die so überaus romantische Gegend Viel dazu beitragen, der Zittau-Reichenberger Eisenbahn eine bedeutende Frequenz zu sichern.

Neusalza, 14. Juni. Gestern wurde dem hiesigen Bürgermeister War, dem Commandant der Communal-Garde Oeser und noch einigen anderen, wegen der Maiereignisse in Untersuchung Gewesenen ihr Urtheil publicirt. Die Genannten sind begnadigt, dagegen der Dr. med. Demichen, Cancelist Dittmar und Kaufmann Bamberg, welche bis jetzt frei waren, in Haft gebracht. Auch in Löbau soll der Kaufmann Schmidt gestern eingezogen worden sein.

Bekanntmachungen.

Brot- und Semmel-Taxe vom 14. Juni 1850.

1. Brottaxe der zünftigen Bäckermeister, das 5 Sgr.-Brot

erste Sorte 8 Ø 12 Lth., à Ø	7	Pf.
zweite Sorte 9 Ø 20 Lth., à Ø	6	Pf.
Semmeltaxe derselben, für 1 Sgr.	15	Lth.

2. Brottaxe des Bäckermeister Roder, No. 257.,

das 5 Sgr.-Brot 8 Ø 12 Lth., das Ø	7	Pf.
Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr.	15	Lth.

3. Brottaxe des Bäckermeister Becker, No. 425.,

das 5 Sgr.-Brot, erste Sorte 7 Ø 20 Lth., à Ø	8	Pf.
zweite Sorte 9 Ø, à Ø	7	Pf.
Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr.	15	Lth.

Görlitz, den 15. Juni 1850.

[325] Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

Der am 31. vor. Monats aus dem Correctionshause zu Schweidnitz entlassene, vielfach bestrafte Johann Gottlieb Grosche aus Stangenhayn hat sich wiederum von seiner Heimath entfernt. Da er ein der Sicherheit gefährliches Subject ist, bringen wir dies zur öffentlichen Kenntniß.

Görlitz, den 14. Juni 1850.

(326) Der Magistrat. Dominial-Polizei-Verwaltung.

Personbeschreibung.

Der Johann Gottlieb Grosche ist aus Stangenhain gebürtig und hielt sich daselbst auf, ist evangelischer Religion, 38 Jahre alt, 5 Fuß 8 Zoll groß, hat braunes Haar, hohe Stirn, blonde Augenbrauen, graue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, rasirten Bart, gesunde Zähne, ovales, gegrübtes Kinn, ovale Gesichtsbildung, gesunde Gesichtsfarbe, ist groß von Gestalt und spricht deutsch.

Bekleidet war Derselbe mit einer schwarzen Plüschmütze, einem weißgrauen Kalmuckrock, einer streifigen Zeugweste, einem roth und weiß baumwollenen Halstuch, grauen Tuchhosen, einem leinenen Hemde und langen Stiefeln.

---

(323) Vom 1. Juli d. J. ab erscheint monatlich 1 Bogen zu dem Jahrespreise von 20 Sgr.:

Landwirthschaftliches Monatsblatt für die Königl. Preuß. Oberlausitz.

Dasselbe soll den landwirthschaftlichen Vereinen der Oberlausitz als Organ für ihre Mittheilungen dienen, die landwirthschaftlichen Interessen der Provinz vertreten und Nachricht von dem Fortschritte der Landwirthschaft im Allgemeinen geben. Da das Blatt lediglich gemeinnützige Zwecke verfolgt, und der Abonnementspreis nur zur Deckung der Druckkosten bestimmt ist, so hoffen wir auf eine genügende Unterstützung des Unternehmens.

Subscriptionen nehmen die Unterzeichneten und alle Buchhandlungen der Oberlausitz an. Görlitz, den 15. Juni 1850.

Die Oekonomie-Section der naturforschenden Gesellschaft.

gez. Zimmermann. von Möllendorf.

---

(324) Ein $1\frac{1}{2}$jähriger Zuchtochse steht zu verkaufen bei

Grohmann in Markersdorf.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.